

## Begrenzte Chancen

Die Gemeinschaft im israelisch-palästinensisch-libanesisch-syrischen Viereck

Von Prof. Dr. Volker Perthes

Ein europäischer Blick auf den Nahen Osten wird ein Jahr nach dem Libanon-Krieg Ernüchterung über die eigenen Möglichkeiten bringen, den Gang der Dinge zu beeinflussen. Das europäische Engagement war, seit die EU überhaupt über gemeinsame Ansätze zum Nahen Osten spricht, noch nie so groß. Die EU und ihre Mitgliedstaaten sind die wichtigsten externen Geldgeber für die palästinensischen Gebiete und betätigen sich entwicklungspolitisch auch im Libanon, in Syrien und in Jordanien. Mit der EU-Grenzmission in Rafah, an der Grenze zwischen dem Gazastreifen und Ägypten, deren Arbeit derzeit allerdings ruht, hat die EU sich auch sicherheitspolitisch in den palästinensischen Gebieten betätigt und den Bewohnern des Gazastreifens zumindest zeitweise einen Weg nach draußen eröffnet. Europäische Staaten stellen den Großteil der nach dem Krieg erweiterten UN-Truppe für den Libanon (Unifil); erstmals sind auch deutsche Soldaten auf einer Mission im Nahen Osten. Unter der deutschen Präsidentschaft ist das Nahost-Quartett wiederbelebt worden; es gibt Bemühungen, zur inneren politischen Stabilisierung des Libanon beizutragen und Syrien zu einer konstruktiveren Rolle zu bewegen.

Gleichzeitig scheinen alle Hoffnungen auf Konfliktbeilegung oder gar Frieden auf schwächeren Füßen zu stehen als jemals im letzten Vierteljahrhundert. Fast sieht es so aus, als wolle die Situation die Warnungen nach dem Ende des Libanon-Krieges bestätigen: Dass nämlich neue Konfrontationen zu erwarten seien, wenn dem Waffenstillstand und der richtigen Entscheidung, die Unifil zu vergrößern und ihr Mandat zu erweitern, kein international moderierter Prozess folgen werde, der auf eine Regelung der Probleme zwischen Israel und seinen Nachbarn zielen müsse, mit denen es bislang noch keine Friedensverträge abgeschlossen hat – den Palästinensern, Libanon und Syrien.

Zu den zwischenstaatlichen Konflikten in der Region kommt die Schwäche der Staaten oder Regierungen. Israel ist ein starker Staat mit stabilen demokratischen Institutionen, aber die Regierung ist schwach. Die Popularitätsrate des Ministerpräsidenten bewegt sich um Prozentzahlen, die eher der statistischen Fehlerquote entsprechen. Dies treibt seine Bereitschaft, mutige friedenspolitische Entscheidungen zu treffen, offenbar gegen Null. In den palästinensischen Gebieten gibt es gleich zwei Regierungen, von denen keine repräsentativ ist und das Gewaltmonopol des Quasi-Staates Palästina durchsetzen kann. Im Libanon gibt es zwar eine Regierung, die auch eine parlamentarische Mehrheit hat; sie ist aber angesichts des Boykotts der Opposition nicht imstande, irgendein Gesetz verabschieden zu lassen. Die jüngsten blutigen Auseinandersetzungen zwischen der libanesischen Armee und einigen hundert extremistischen Gewalttättern im Norden haben gezeigt, wie fragil die politische Lage bleibt.

Die Schwäche des Libanon oder der palästinensischen Autorität rührt nicht so sehr von der Unfähigkeit der Politiker, sondern daher, dass der Staat nicht mehr in der Lage ist, die wichtigsten öffentlichen Güter zur Verfügung zu stellen: Sicherheit, Wohlfahrt und soziale Sicherung, Wiederaufbau nach Katastrophen oder Kriegen. Wenn dies und auch noch das Kriegführen von Parteien und Milizen übernommen wird oder, im Falle der sozialen Versorgung im Gazastreifen, sogar von einem ausländischen Akteur wie der EU, die ihre Finanzmittel lieber direkt an die Bedürftigen auszahlen wollte, als sie über die zuständigen palästinensischen Behörden fließen zu lassen, dann lässt sich tatsächlich „kein Staat machen“.

Die stärkste Regierung scheint noch die Syriens zu sein, auch wenn ihre Stärke sich vor allem auf ein repressives, autoritäres System stützt. Aber sie ist ein Akteur, mit dem man rechnen muss, ein Akteur dazu, der, wenn er nicht überzeugt werden kann, dass auch seine legitimen nationalen Interessen berücksichtigt werden – hier geht es vor allem um die Rückkehr des besetzten Golangebiets unter syrische Souveränität –, weiter foul spielen wird. Ob Syrien tatsächlich für die Serie politischer Morde im Libanon verantwortlich ist, wird erst das dazu eingerichtete internationale Tribunal feststellen müssen. Fest steht, dass die syrische Führung die Regierung und möglicherweise das ganze politische System im Libanon auf vielfältige Weise zu unterminieren versucht, damit zur Schwäche des Libanon beiträgt und letztlich auch den eigenen Interessen schadet: Denn weder die libanesische Bevölkerung noch die internationale Gemeinschaft wird

Syrien einladen, die Kontrolle über den Libanon zu übernehmen. Wenn Damaskus aber keine konstruktivere Haltung entwickelt, wird die Welt wenig Neigung verspüren, die positiven syrischen Signale in Richtung Israel zu verstärken und eine Wiederaufnahme von Verhandlungen zu unterstützen.

Zwei Aufgaben stehen im Vordergrund, die sich ergänzen: Die Stärkung von Staatlichkeit, nicht zuletzt mit Blick auf die palästinensischen Gebiete und den Libanon, sowie die Herstellung oder Wiederherstellung von Gesprächsfähigkeit – dies in Bezug auf fast alle Akteure in der Region. Im Libanon bemühen sich europäische Staaten, vor allem die Schweiz und Frankreich, alle wichtigen Spieler an einen Tisch zu bringen, um einen „Nationalen Dialog“ wiederaufleben zu lassen. Darüber hinaus könnte die internationale Gemeinschaft die libanesische Regierung stützen und gleichzeitig die Selbstrechtfertigung der Hizbullah, eigene bewaffnete Formationen zu unterhalten, schwächen, wenn sie Israel überzeuge, die sogenannten Shebaa-Farmen, einen kleinen, israelisch besetzten Landstrich im libanesisch-syrischen Grenzgebiet, an den Libanon oder zunächst an Unifil zu übergeben.

Was den Umgang mit den palästinensischen Gebieten angeht, so ist es richtig, dass die Finanzierung der palästinensischen Behörde wiederaufgenommen wurde. Wäre dies früher geschehen, etwa zu Unterstützung der mittlerweile zerfallenen Einheitsregierung, hätten sich Anarchie und Milizenkrieg im Gazastreifen möglicherweise verhindern lassen. Wichtig ist heute, dass die internationale Gemeinschaft nicht der gleichen Illusion verfällt, die Washington noch kurz vor der Übernahme des Gazastreifens durch die Hamas pflegte: dass nämlich Fatah gewinnen könne, wenn man sie nur genügend aufrüste. Der Erkenntnis, dass Fatah zweimal verloren hat, einmal an den Wahlurnen im Januar 2006, ein zweites Mal militärisch im Juni 2007, wird man sich heute nicht mehr verschließen können. Israelische Beobachter wie der ehemalige Leiter des Jaffee-Centres für Strategische Studien, Shai Feldman, betonen zu Recht, dass eine haltbare Regelung im palästinensisch-israelischen Verhältnis nur zustande kommen wird, wenn dieser auch der pragmatische Teil von Hamas zustimmt.

Die israelische Regierung hat schon mit Hamas-Vertretern geredet, um die Freilassung palästinensischer Gefangener und einen eventuellen Gefangenenaustausch vorzubereiten. Das Wichtigste, was Israel und Hamas auf absehbare Zeit miteinander erreichen könnten, wäre ein längerfristiger Waffenstillstand. Hamas ist ideologisch (noch) nicht imstande, Israel als legitimen Staat anzuerkennen; die politischen Führer dieser Bewegung reden aber seit längerem von einem zehn-, ja möglicherweise dreißig- oder fünfzigjährigen Waffenstillstand. Die Verhandlungen über die Staatwerdung Palästinas würden sie wohl weiterhin Präsident Abbas überlassen. Fatah und Abbas umgekehrt können weder den Gazastreifen noch Hamas links liegen lassen. Wer Hamas mittelfristig zu ignorieren oder zu isolieren sucht, dürfte bald mit radikaleren Kräften zu tun haben – militanten Dschihadisten der Art, die die libanesische Armee im palästinensischen Flüchtlingslager Nahr al Barid herausgefordert haben. Abbas wird früher oder später wieder mit der Hamas ins Gespräch kommen müssen. Saudi-Arabien, das die Bildung der palästinensischen Einheitsregierung vermittelt hatte, könnte wieder eine Rolle spielen, insbesondere, wenn Washington ihm zusicherte, derartige Bemühungen nicht zu unterlaufen.

Die israelische Regierung sollte heute schon mit dem palästinensischen Präsidenten über die Endstatusfragen sprechen – Jerusalem, Siedlungen, Flüchtlinge und andere Themen –, die Elemente jeder längerfristigen Regelung sein werden. Israel kann Abbas kurzfristig stärken, indem es Siedlungen im Westjordanland abbaut, die Bewegungsfreiheit in den palästinensischen Gebieten wiederherstellt und wichtige palästinensische Gefangene freigibt. Dazu gehört Marwan Barguti, einer der wenigen, denen zugetraut wird, den weiteren Zerfall von Fatah zu verhindern, Abkommen mit Israel auch einzuhalten und selbstbewusst mit der Hamas und deren Mehrheit im palästinensischen Legislativrat umzugehen.